

Peter Zellmann
IFT Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

Aus Sicht der Zukunftsforschung ist festzuhalten: Ohne wirkliche Reformen, keine erstrebenswerte Zukunft

Die aktuell vorgestellten Veränderungen im Schulsystem als Bildungsreform zu verkaufen macht klar, dass man die Bevölkerung für nicht in der Lage hält, politische Maßnahmen in ihren tatsächlichen Auswirkungen zu beurteilen.

Inhaltlich verweise ich daher auf das IFT Forschungstelegramm 2/2012:
Schulreform aus Bevölkerungssicht

http://www.freizeitforschung.at/data/forschungsarchiv/2012/102.%20FT%202-2012_Bildung.pdf

Es ist eigentlich unfassbar: an den damaligen Ausführungen hat sich nichts geändert, die Erkenntnisse und Vorschläge haben unverändert Gültigkeit. Und sie werden von den Verantwortlichen ebenso unverändert negiert.

Die Beschreibung der Eckpunkte der Nichtreform 2015 im Detail:

Die seit Jahren überfälligen, wirklichen Veränderungen wurden nicht vorgenommen.

1. Die freiwillige bzw. ergänzende Nachmittagsbetreuung ist keine Ganztagschule.

Schule von 8 bis 16 Uhr, ohne Hausübungen (üben, wiederholen, anwenden passieren in und nicht nach der Schule) und ohne Schultasche stellt ein ganz anderes Verständnis von Schule dar und kann auf Dauer nicht als „zweites Schulsystem“ neben der Halbtagsschule existieren.

Darüber hinaus kostet sie nicht, sondern **bringt gemeinsame Familienzeit!**

Die für die Familienorganisation oft notwendige Hort- und Nachmittagsbetreuung hat es immer schon gegeben. Das ist keine Bildungsreform!

2. Die Abschaffung des Gymnasiums ist eine (bewusste?) Falschinformation

Die **notwendige Verlängerung** des durchaus bewährten „Modells“ der Volksschule ist zwei Tatsachen geschuldet:

1. Das für eine **Grundausbildung** zu erwerbende Wissen hat sich seit der Schulgesetzgebung der 50/60er Jahre vervielfacht,
2. Die Lebenserwartung hat sich seither um 20 Jahre verlängert

Kernerkenntnis: Wer um so viel länger lebt, kann ohne weiters (muss?) um zwei, drei Jahre länger „lernen“.

Die **für alle** gemeinsame Schule der 10 bis 14 Jährigen gibt es – in verschiedener Form – **in ganz Europa, ausgenommen Österreich** und Deutschland.

Ob diese notwendige **Verlängerung der Grundausbildung** vielleicht mit drei Jahren und das daran anschließende „Gymnasium“ dann eventuell mit 6 Jahren auskommen, sind auf dieser Basis zu klärende Detailfragen.

PolitikerInnen, die **nach nunmehr vierzig (!) Jahren Schulversuchen** immer noch meinen diesen Zusammenhang kann (oder muss) man erst einmal auf 15 % der Fläche eines Bundeslandes „ausprobieren“, haben das Grundprinzip dieser erziehungswissenschaftlichen Forderung und ihre belegbaren Ergebnisse nicht verstanden. Solange es für **fehlinformierte Eltern** „Ausweichmöglichkeiten“ gibt, werden sie diese wahrnehmen, die Vergleichbarkeit ist dann wieder nicht wirklich gegeben. Dann ist aber besser, es bleibt alles wie es ist!

Wenn man schon längst Bewährtes zum x-ten Mal unbedingt "ausprobieren" will, dann wenigstens flächendeckend im Bundesland, z.B. in Wien und Vorarlberg. Aussagekräftige Vergleiche mit den anderen Bundesländern kann man allerdings auch dann erst nach etwa 10 Jahren ziehen, weil die Auswirkungen erst im späteren Berufsleben bzw. am Arbeitsmarkt wirklich nachweisbar sein werden. Wenn man den Nachweis überhaupt noch braucht und die „Modellregionen in Europa und Asien“ nicht ohnedies aussagekräftig genug sind.

3. Nivellierung will niemand

Eine bessere **Leistungsdifferenzierung**, Begabtenförderung und Hilfestellung für weniger Begabte ist im Übrigen **keine Frage des Schulsystems**, sondern der **LehrerInnenbildung**. Es unterrichten nicht Systeme, sondern entsprechend gut oder schlecht ausgebildete Menschen.

Gute Lehrer werden in jedem System etwas zustande bringen, schlechte dagegen in keinem System Erfolg haben.

4. Nicht einmal eine Mindestanforderung wurde erfüllt

Die Erhöhung des Lehrpersonals für Schulen mit einem hohen Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund ist weiterhin nicht vorgesehen.

Wer an der Bildung spart, spart an der Zukunftstauglichkeit künftiger Generationen.

Abgesehen davon, dass Verwaltungsmaßnahmen keine pädagogischen Reformen sind, wurde nicht einmal in diesem Bereich etwas entscheidend verändert.

Die Öffnungszeiten von Kindergärten sind für die Familienorganisation wichtig, sie bleiben unterschiedlich, wie sie sind.

Die vorgesehenen „Einsparungen“ (0,08 % oder 6 (!) Millionen Euro von 8 Mrd. Budgetrahmen) bringen für die Zukunft unserer Schulen gar nichts.

Den Schulen keine Mittel für die IT-Ausstattung (WLAN, Internet) bereit zu stellen ist angesichts der europaweiten Entwicklung in diesem Bereich verantwortungslos.

Wenn Direktoren 5 % (!) des Lehrpersonals aus ergänzenden Fachbereichen (Psychologen, Sozialarbeiter, Wirtschaftstreibende,...) einstellen dürfen, ohne dass sich am Gesamtpersonalstand etwas ändern darf, bedeutet das für den engeren pädagogischen Bereich einen Rückbau (**Antireform**).

Die Transparenz wissenschaftlich erhobener und dargestellter Bildungsergebnisse (Schulrankings) wird nicht eingeführt. Obwohl es diese „Messungen“ seit langem gibt!

Immerhin gibt es wenigstens einen positiven Aspekt zu vermelden. Über die „Öffnungszeiten der Schulen“ zwischen 7 und 18 Uhr bestimmt in Zukunft mehrheitlich die Schulpartnerschaft.

Resümee

Die Bildungsreform wurde abgesagt. Bleibt ein einziger potenzieller Lösungsansatz als taugliches Zukunftsmodell. Die Schulautonomie ist zügig auszubauen. In allen nur denkbaren, inhaltlichen und materiellen Bereichen (Sponsoren). Der Umstieg vom Genehmigungs- zum Berichtsverfahren könnte das Zögern und Kaputtsparen der Politik zumindest teilweise (noch) ausgleichen. Aber nicht mehr lange!